wirtschaftsrat, der seinerzeit zu dieser Frage Stellung nehmen müsse, hiervon jetzt schon Kenntnis geben.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Die Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte.

Von Fritz Burgdörfer, kgl. Ministerial-Forstsekretär in München.

Im Jahre 1888 als „Sterbekasse für das deutsche Forstpersonal“ begründet, blickt die Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte, e. G. m. b. H. in München, nunmehr auf nahezu 20 Jahre ihres Bestehens zurück. Sie darf mit Befriedigung und Stolz auf ihre Entwicklung während dieses Zeitraumes weisen und sie kann mit der besten Zuversicht der Zukunft entgegengehen.

Die Tatsache, daß die Forst- und Jagdbeamten, die ihren Beruf aus Neigung und nicht des Geldgewinnes wegen erwählen, vielfach wenig mit Glücksgütern gesegnet sind und sich durch ihre Berufstätigkeit auch keine Reichtümer erwerben können, führte zu der Erkenntnis, daß es notwendig sei, unserem Personale in weiterem Umfang die Segnungen der Lebensversicherung zu vermitteln. Der Umstand jedoch, daß Forstleute als Angehörige anderer Versicherungsgesellschaften vermöge ihrer durchschnittlich längeren Lebensdauer länger Beiträge bezahlen als der Durchschnitt der übrigen Versicherten und dadurch Verluste erleiden, ferner die Tatsache, daß die bestehenden Lebensversicherungs-Gesellschaften namentlich während der ersten Jahre nach dem Versicherungsabschluß recht erhebliche Anforderungen an den Versicherungsnehmer stellten, deren Erfüllung unseren Jagdgenossen schwer fiel, drängte dazu, eine nur auf Forst- und Jagdbeamte beschränkte Versicherungsgenossenschaft zu gründen, die durch billige Verwaltung im Ehrenamt und Ausnützung der forstlichen Untersterblichkeit ihren Genossen die Versicherung tunlichst erleichtern könnte.

Das Verdienst, diese Sachlage richtig erkannt und den Gedanken in die Tat umgesetzt zu haben, gebührt dem kgl. württemb. Oberförster Dr. Jäger in Murrhardt (früher in Tübingen), der sich der Sache mit unverdrossenem Eifer widmete, unterstützt durch die rege Anteilnahme der Jagdgenossen und die freudige Mithilfe einer Reihe von hervorragenden Mitarbeitern vom grünen Fache.

Die Leistungen der Genossen wurden von vornherein möglichst niedrig bemessen; man wollte nicht hohe Überschüsse und Dividenden erzielen, sondern der Sterbekasse auf Grund tunlichst geringer Belastung der Ver-

sicherten die weiteste Verbreitung geben. Bei Berechnung der Beiträge wurde insbesondere auch die zu erwartende hohe Untersterblichkeit mit in Ansatz gebracht, was deren Festsetzung zu beispiellos niedrigen Beträgen ermöglichte.

Die Genossenschaft entwickelte sich kräftig und sie konnte auch schon zur Verteilung einer Dividende übergehen, als im Jahre 1901 das Reichsgesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen erlassen und das Kais. Aufsichtsamt für Privatversicherung geschaffen wurde, wodurch unsere Genossenschaft eine wesentliche Veränderung erfuhr. Ihre Einrichtungen wurden einer sachmännischen Prüfung durch die Aufsichtsbehörde unterzogen, und es wurde u. a. bestimmt, daß zur Sicherstellung der Versicherungssummen die Prämienreserve zu erhöhen sei, daß bei Berechnung der Beiträge der Versicherten weiterhin nicht mehr die Untersterblichkeit vorweg genommen werden dürfe, sondern die nach der allgemein als gültig anerkannten Brune'schen Sterbetafel sich berechnenden Nettoprämien erhoben werden müssen, daß die Genossenschaft ferner der Rechnung nicht ein Zinsertragnis aus den vorhandenen Kapitalien zu $3\frac{3}{4}\%$ — wie vordem und wie es der tatsächlichen Verzinsung entsprach — sondern nur von $3\frac{1}{2}\%$ — wie sämtliche übrigen Versicherungsgesellschaften — zu unterstellen habe.

Diese Anordnungen hatten zur Folge, daß die Beiträge der Genossen vom Jahre 1904 an um rund 25 % erhöht und die Prämienreserve nach dem Stand zu Ende 1902 um den Betrag von 182000 M durch Aufwendung außerordentlicher Mittel aus den laufenden Einnahmen verstärkt werden mußte, was naturgemäß auch eine einstweilige Aussetzung der Dividendengewährung nach sich zog. Mit Schluß des Rechnungsjahres 1905 war die Prämienreserve auf ihre gesetzliche Höhe gebracht; ihr weiteres vorchriftsmäßiges Anwachsen ist durch die Beiträge sicher gestellt.

Die genannten Anordnungen der Aufsichtsbehörde waren nicht Ausfluß einer ungünstigen Lage der Genossenschaft, sondern eine Folge der gesetzmäßigen Gleichstellung derselben mit sämtlichen anderen Versicherungsunternehmungen. Daß die Lage der Genossenschaft eine durchaus gute sei, wurde von dem Aufsichtsamt wiederholt ausdrücklich anerkannt und wurde von ihm auch „im Hinblick auf die günstige Entwicklung der Genossenschaft“ trotz der noch im Zuge befindlichen Auffüllung der Prämienreserve auf die gesetzliche Höhe genehmigt, daß den fahungsgemäß berechtigten Genossen in den Jahren 1904, 1905 und 1906 wieder Dividende im Betrag von 15 bzw. 20 % ihrer Beiträge gewährt werde. Aus dem Gewinn des Jahres 1906 kommt jedoch gemäß Beschluß der

Hauptversammlung vom 9. September 1907 zu Straßburg eine Dividende nicht zur Verteilung, nachdem der zur Verfügung stehende geringe Reingewinn von 16 533 *M* die Ausschüttung von nur 2—3 % ermöglicht hätte. Dieses verhältnismäßig ungünstige, dem Reingewinn des Vorjahres zu 131 131 *M* auffällig gegenüberstehende Rechnungsergebnis für 1906 ist veranlaßt durch die Verlangsamung des Zuganges an Versicherten, die gegen das Vorjahr um 44 000 *M* mehr erfordernde höhere Sterblichkeit, durch einen Kursverlust von 29 378 *M*, hervorgerufen durch das Fallen der im Besitz der Genossenschaft befindlichen Wertpapiere, ferner durch die Deckung der „aus dem Sterblichkeitsgewinn“ des Jahres 1904 gewährten, an den Beiträgen des Jahres 1906 in Abzug gebrachten 20 Prozent. Dividende im Betrag von 31 328 *M*, welcher Ausfall an Beiträgen mangels Zurückstellung von Mitteln aus früheren Jahren nunmehr aus dem Einnahme-Überschuß des Jahres 1906 zu bestreiten war. Dieser Dividendenbetrag war gewährt bzw. vom kais. Aufsichtsamt zur Verteilung genehmigt worden, um unseren Genossen trotz der noch im Gange befindlichen „Sanierung“ der Genossenschaft einen Vorteil zuzuwenden, da man hoffte, das Jahr 1905 werde die volle Tilgung der Schuld an die Prämienreserve bringen, was ja auch in Erfüllung ging, so daß dann das Jahr 1906 einen um so größeren Einnahmeüberschuß liefere, aus dem leicht der im gleichen Jahre gewährte Abzug an den Beiträgen bestritten werden könne neben Sicherung einer für 1908 zu gewährenden Dividende. Die übrigen das Rechnungsjahr 1906 ungünstig beeinflussenden Umstände haben nun leider die gehegten Erwartungen nicht in Erfüllung gehen lassen. In Zukunft wird Dividende nur mehr aus dem Reingewinn eines abgeschlossenen Rechnungsjahres gewährt werden, so daß nachträgliche Ausgaben hierfür nicht mehr erwachsen werden. So ist z. B. der im Laufe des Jahres 1907 an den Beiträgen nachgelassene Dividendenbetrag von 51 841 *M* (20 % der Beiträge), der den Einnahmen des Jahres 1905 entstammt, bereits 1906 als Ausgabe in Rechnung gestellt und wird die Rechnung für 1907 nicht mehr dadurch belastet. Durch die solchergestalt nunmehr geschaffene Klarheit in den Verhältnissen der Genossenschaft wird ihrer weiteren Ausbreitung wesentlich Vorschub geleistet werden, wenn auch für 1908 aus dem Gewinn des Jahres 1906 eine Dividende nicht zur Verteilung gelangt.

Zu Ende 1906 betrug die Zahl der Genossen 4808 mit einer Versicherungssumme von 15 185 000 *M* und einer gesetzmäßig (§§ 59 u. 60 des Gesetzes über die privaten Versicherungs-Unternehmungen) vorhandenen Prämienreserve von 2 362 711 *M* 98 *Pf*. Das Gesamtvermögen belief

sich auf 2461883 *M.* Es betrugen ferner die Sterbfallsummen 141500 *M.* (gegen 97500 *M.* des Jahres 1905), die Untersterblichkeit 49,8 % (im Vorjahr 63,3 %) und der Verwaltungsaufwand pro 1000 *M.* Versicherungssumme 1,53 *M.* (im Vorjahr 1,72 *M.*).

Zur Hintanhaltung von Schwankungen im Rechnungsergebnis durch tunlichste Ausschaltung von Kursverlusten sowie behufs Erzielung eines höheren Zinsertrages hat die Hauptversammlung 1907 beschlossen, daß die Kapitalien in Zukunft bis zu 75 % statt bisher zu 50 % in ersten Hypotheken anzulegen seien. Ein weiterer Beschluß ermächtigt die Vorstandschaft, denjenigen Genossen, die über 5 Jahre Beiträge entrichten, Darlehen bis zu 90 % der für sie angesammelten Prämienreserve gegen 5 Prozent Verzinsung zu gewähren. Durch beide Beschlüsse folgt die Genossenschaft dem Beispiel der übrigen alteingeführten Versicherungsgesellschaften. Sie dient damit ebenso ihrem Gesamtinteresse wie dem des einzelnen Versicherungsnehmers.

Eine weitere Frage, die noch der Regelung bedarf, ist die Art der Ausschüttung der Dividende. Die diesjährige Hauptversammlung hatte sich bereits mit der Frage zu beschäftigen, ob in Zukunft die Verteilung der Dividende nach gleichem Prozentsatz der Beiträge für alle nach den Satzungen berechtigten Genossen oder als steigende Dividende nach der Länge der Zugehörigkeit zur Versicherung zu erfolgen habe. Eine endgültige Regelung hat die Angelegenheit noch nicht gefunden. Eine solche war vorerst auch nicht unbedingt nötig, da sie für die nächsten Jahre noch nicht dringlich ist. Es darf jedoch der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die Genossenschaft in Würdigung der Erfahrungen anderer Gesellschaften und im Hinblick auf die zwingende Logik der Tatsachen den richtigen und leicht gangbaren Weg in dieser Frage finden und die steigende Dividende zur Einführung bringen wird.

Die Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte, e. G. m. b. H. in München, ist nach nunmehr nahezu 20 jährigem Entwicklungsgang eine Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit wie irgend eine andere mit dem Unterschied, daß sie sich in engerem Rahmen hält, indem sie sich auf einen einzelnen Stand beschränkt, ein Umstand, dem sie durch Begrenzung der Versicherungssumme nach oben (bis zu 12000 *M.*) Rechnung trägt. Sie versichert die Forst- und Jagdbeamten sowohl der deutschen Bundesstaaten wie auch der Kommunen und Privaten nach der einfachen und nach der abgekürzten Lebensversicherung. Ihre technischen Grundlagen sind genau dieselben wie diejenigen anderer Versicherungsunternehmungen, soweit sie die gleichen Zwecke verfolgen. Die Genossenschaft untersteht bezüglich ihrer Geschäftsgebarung ebenso wie alle anderen

Versicherungsgesellschaften der Aufsicht des Reichsaufsichtsamtes, sie ist denselben Beschränkungen wie jene bezüglich der Sicherstellung der Versicherungssummen und Anlage der Kapitalien unterworfen und sie muß ihre Rechnung in gleicher Weise aufstellen und prüfen lassen. Sie steht hinsichtlich der Sicherheit hinter keiner anderen Versicherungsgesellschaft zurück.

Was dagegen ihre Leistungsfähigkeit anlangt, so ist sie im stande, innerhalb des selbstgewählten engeren Rahmens die übrigen Gesellschaften auf Gegenseitigkeit mit der Zeit nicht nur zu erreichen sondern sogar zu übertreffen. Sie erhebt dank der Verwaltung im Ehrenamt und der ohne besondere Kosten vor sich gehenden Werbung neuer Mitglieder die niedrigsten Bruttoprämien von allen deutschen Versicherungsgesellschaften und sie gestattet als einzige ihren Genossen die vierteljährliche bezw. monatliche Beitragszahlung ohne Zinszuschlag. Trotzdem wird sie nach den bisherigen Erfahrungen und vermöge ihrer günstigen allgemeinen Lage sehr bald sich in die Möglichkeit versetzt sehen, dauernd erhebliche Dividenden gewähren zu können, nachdem ihr bei Erhebung gleicher Nettoprämien nicht nur die auch anderen Gesellschaften zugute kommende gewöhnliche Untersterblichkeit, sondern die weit höhere forstliche Untersterblichkeit zu Gebote stehen wird und ihre Kapitalien sich beträchtlich höher als zu $3\frac{1}{2}\%$ verzinzen.

Eine unumgängliche Voraussetzung des raschen Aufblühens der Genossenschaft ist aber, daß in den Kreisen des Forst- und Jagdpersonals die Kunde von ihren segensreichen Einrichtungen mehr Verbreitung finde und dadurch der Zugang angeregt und gefördert werde. Seit der Erhöhung der Beiträge im Jahre 1904 hat der Zugang bis Ende 1906 in wachsendem Grade zu wünschen übrig gelassen. In neuerer Zeit ist er wieder lebhafter geworden, nachdem die Schwarzseher angesichts der Tatsachen haben verstummen müssen und die Freunde der Sache wieder lebhafter für sie eintreten.

Es ist sehr zu wünschen, daß alle Fachgenossen, denen das Wohl unseres Personals am Herzen liegt, sich über die Genossenschaft unterrichten und für sie zu wirken suchen. Insbesondere wäre es auch Aufgabe der Vorgesetzten im Dienste und privater Dienstherrn, ihre Untergebenen auf die Einrichtung und die segensreiche Tätigkeit der Genossenschaft hinzuweisen, um sie der Wohltaten einer billigen Lebensversicherung in möglichst weitem Umfang teilhaftig werden zu lassen.

Soziale Fürsorge ist ein Hauptschlagwort unserer Zeit. Durch Förderung der Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte können unsere Fachgenossen sowohl ihren Familien wie auch den Angehörigen ihres

Standes Fürsorge angeheissen lassen. Möge diese Erkenntnis in immer weitere Kreise dringen und reiche Früchte tragen.

Auskünfte über die Genossenschaft erteilen die Landesvorstände oder der Vorstandsvorsitzende, Herr Oberförster a. D. Glaser in München-Pasing.

III. Literarische Berichte.

Nr. 13.

Die forstliche Bestandesgründung. Ein Lehr- und Handbuch für Unterricht und Praxis. Auf neuzeitlichen Grundlagen bearbeitet von Hermann Reuß, k. k. Oberforsttrat, Direktor der höheren Forstlehranstalt Mährisch-Weißkirchen. Mit 64 Textfiguren. Berlin, Verlag von Julius Springer, 1907. 398 S. Preis 8 M., geb. 9,20 M.

Mit dem vorliegenden größeren Werk wendet sich ein Mann an das forstliche Publikum, der diesem durch eine ganze Reihe wertvoller Veröffentlichungen bereits in vorteilhafter Weise bekannt ist und schon um deswillen Anspruch auf Beachtung und eingehendere Besprechung seines Buches erheben darf; eine solche möge ihm denn nachstehend gewidmet sein.

Was zunächst die Gliederung des Buches betrifft, so zerfällt dasselbe in drei, ihrem Umfang nach allerdings sehr ungleiche Abteilungen:

- I. Abteilung: Die Bestandesgründung durch Samen (348 Seiten)
- II. „ Die Wiederverjüngung durch Aus Schlag (14 S.).
- III. „ Die angewandte Lehre (27 S.).

Die I. Abteilung aber gliedert sich wieder in die Abschnitte

- 1. Die natürliche Verjüngung (38 S.),
- 2. Die künstliche Bestandesgründung (310 S.)

und in der Besprechung der letzteren liegt sonach der Schwerpunkt des Buches. Dieser umfangreiche Abschnitt behandelt das Saatgut, die Bestandesgründung durch Saat und durch Pflanzung, und fügt in einem weiteren Kapitel „Die Urbarmachung von der unmittelbaren Aufforstung nicht zugänglichen Waldböden“, 4 Abschnitte über die Entwässerung, die Flugsandbindung, die meliorierende Behandlung von Waldböden mit Rohhumusauflagerung, den Ortstein und seine Urbarmachung an.

Wenden wir uns nun den einzelnen Abschnitten zu, so tritt uns in dem ersten „Die natürliche Verjüngung“ Reuß alsbald als der bekannte eifrige Vertreter der Zuchtwahl entgegen, der größten Wert auf ausschließliche Verwendung besten, von tadellosen Mutterbäumen stammenden Samens legt. Reuß vertritt diesen Standpunkt eingehend in dem § 15